

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesellschaft 25 241.
Für den Druckpreis: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.20 Goldmark.
Anzeigen-Preise: ...

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Marientrasse 38/40.
Druck v. Verlag von Oesch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Druckerei mit bester Qualität (Dresdner Nachr.) ist für alle Anforderungen bestens geeignet.

Die entscheidende Phase in London.

Ueberraschend schnelle Entwicklung der Hauptprobleme der Konferenz.

Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister. — Die verzweifelte Lage des Ruhrbergbaues.

Der dritte Tag der Konferenz.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)
London, 18. Juli. Es scheint, als ob diese Reparationskonferenz in irgendeinem geheimnisvollen Zusammenhang mit der Bitterung künde. Der frohen Hoffnung des Empfangstages entsprach der herrliche Sonnenschein. Die ersten mißheiligen Aeußerungen der Pariser Presse brachten am nächsten Tage Regenfälle. Dann stieg die Hitze wieder und jetzt meldet sogar der Times-Korrespondent, daß die in Folge der Wärme überhitzte französische öffentliche Meinung mit Hilfe harter Regentfälle wieder zur Besinnung gekommen sei. Heute nun ist es wieder kühl und trübe. Das ist vielleicht für die Konferenz just das rechte Wetter.

Die Konferenz ist in ihr entscheidendes Stadium getreten.

Nicht nur das Problem der Wiederherstellung der deutschen Einheit scheint Schwierigkeiten zu machen. Vor allem ist eine Entscheidung über die Sicherstellung der Reparationsanleihe, von der alles abhängt, noch nicht gefallen, und doch muß gerade diese Sicherheit die Geldgeber befriedigen. Es handelt sich augenblicklich darum, die durch Deutschland aufzunehmende Anleihe vor Eingriffen von außen her zu schützen. Aber es kommt auch sehr wesentlich noch darauf an, das uneingeschränkte deutsche Einverständnis zu der vorgeschlagenen Lösung zu erzielen, weil jeder auf Deutschland ausgeübte Zwang die Unterbringungsmöglichkeit der Anleihe ebenso sehr beeinträchtigt, wie die Möglichkeit einer Verbindung des Reiches des Deutschen Reiches durch Frankreich und seine militärischen Besatzungen.

Man sieht: Der Weg zur Verständigung ist noch recht gefährlich. Zwar rechnet man, wie es heißt, mit einer Einladung des Deutschen Reiches zu Beginn der nächsten Woche.

Aber es fragt sich, ob diese Nachrichten nicht etwa ein Mittel sind, um die Stimmung zu bessern. Bekannterweise fördert nichts so sehr den Fortschritt der Arbeiten, wie die Festlegung bestimmter Termine, zu denen sie fällig seien. Auch die amerikanische Beteiligung an den Arbeiten wird als sehr wertvoll bezeichnet.

Wo und wie sollte noch eine deutsche Delegation eingereiht werden?

Ein Londoner Stimmungsbild.
(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)
London, 18. Juli. An autändiger Stelle ist man nach wie vor sehr zurückhaltend über den Fortgang der Verhandlungen. Es verläutet, daß das zweite Komitee wahrscheinlich morgen vormittag zusammentreten wird, woraus zu folgern wäre, daß man die wichtigsten Vorarbeiten glücklich beendet hat. Es läßt sich in dieser Konferenz eine ganze Reihe von Arbeitsschritten unterscheiden; zunächst das Stadium der Vorarbeiten für Komiteefestsetzungen, sodann die Komiteefestsetzungen innerhalb dieser Vorarbeit, und schließlich die Fertigstellung der Berichte in dem Konferenzplenum. Selbst diese Einteilung ist nicht ohne politische Bedeutung. Sicherlich wird durch diese Dramatisierung eine Verschärfung der Durchberatung der sehr komplizierten und heißen Probleme ermöglicht.

Aber es läßt sich auch die Frage aufwerfen, wie dann eine deutsche Delegation in dieses Beratungskomitee eingereiht werden könnte, wenn anders man nicht die Wächter hat, hier wiederum nur die Festlegung der Unterkomitees zuzubilligen. Notwendigerweise müßte beim Austritt der deutschen Delegation auch mit verschiedenen Zielen vom Unterhandschuh bis zum Plenum gerechnet werden, sofern sie als wirklich gleichberechtigter Faktor bewertet werden sollte. Naturgemäß ist über diese Dinge vorläufig noch nichts zu erfahren, wohl auch noch kaum gesprochen worden, da sich die gegenwärtigen Beratungen im wesentlichen das Ziel interalliiert Übereinstimmung setzen haben.

Wenn überhaupt ist von der Konferenz in London wenig zu erwarten. Man bemerkt indessen in der Downingstreet kleinere Menschenansammlungen, die sich mit angelegentlichem Beobachtung hinter verschlossenen Türen und Fenstern die Zeit vertreiben. Ab und zu fährt ein geschlossenes Auto vor. Das vor dem Regierungsgebäude stehende, dem Weltkrieg gewidmete Denkmal ist reichlicher als sonst mit Blumen geschmückt, aber im übrigen? Die Mittags- und Abendblätter, die das öffentliche Antlitz Londons darstellen, berichten mehr von dem gegenwärtig verhandelten sensationellen Werdprozeß, als von der Konferenz. Man sagt, sie müßen nur über das Schicksal Europas entscheiden. Hierzulande scheint man nicht recht an den Erfolg der Konferenz zu glauben, zum mindesten trägt man die Maske des Zweiflers.

Die Arbeit der Kommissionen.

Vertagung der Sitzung des Räumungsausschusses.
(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)
London, 18. Juli. Wie der Korrespondent an autändiger Stelle erzählt, hielt die dritte Kommission heute vormittag eine Sitzung ab. Die erste politische Kommission ist heute nachmittags 3 Uhr zusammentreten. Die Sitzung der zweiten Kommission ist vertagt worden. Im ganzen wird der Fortschritt der Arbeiten in führenden Konferenzenkreisen als befriedigend bezeichnet, und es wird betont, daß die Einteilung der Arbeiten in drei Kommissionen sich als außerordentlich wertvoll erwies, da auf diesem Wege alle schwierigen Fragen von den Delegierten gleichzeitig behandelt werden können, ohne daß große Zeitverluste wegen einer zu großen Teil-

nehmerzahl auftraten. Das erste Komitee taat unter dem Vorsitz des Schatzkanzlers Snowden, das zweite unter Kolonialminister Thomas. Das dritte Sitzung wieder verschoben worden ist, ist insofern interessant, als es sich mit der Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit zu beschäftigen hat. Es sind also, wie zu erwarten war, gerade auf dem für Deutschland wichtigsten Gebiet der Konferenzprobleme noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Gleichzeitig mit den Beratungen des 3. Ausschusses fanden heute vormittag Verhandlungen zwischen dem Premierminister Englands, Frankreichs und Belgiens sowie die Verhandlungen mit der italienischen Delegation statt, die sich zwei Stunden hinzogen.

Das erste Komitee verlangt „drastische“ Maßnahmen gegen Deutschland.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)
London, 18. Juli. Eine Abendmeldung besagt: Von den drei Kommissionen hat bis jetzt die dritte Kommission die größten Fortschritte gemacht. Es wird angenommen, daß der Bericht dieser Kommission morgen fertiggestellt sein wird, doch glaubt man hier nicht, daß noch in dieser Woche eine Plenarsitzung stattfinden wird.

Das erste Komitee war entschieden für drastische Maßnahmen, und die Vor schläge, die Veretti della Rocca der Kommission unterbreitet hat, bewiesen, daß inoffiziell verläutet, daß der amerikanische Delegierte Young eine Kompromißlösung vorgeschlagen habe, die nach seiner Meinung zu einer Übereinstimmung zwischen Frankreich und England führen könnte. Die Ansicht der englischen Regierung ist nach wie vor, daß etwaige drastische Sanktionen den Erfolg der deutschen Anleihe beeinträchtigen müßten.

Die Ausführlichkeit des französischen Memorandums, das mehr als 20 Schreibrundseiten umfaßt, war auch der Grund der Vertagung des zweiten Komitees, das Deutschlands fiskalische und wirtschaftliche Einheit wiederherstellen soll. Das französische Memorandum sieht vor, daß die militärische Einmischung im Ruhrgebiet aufhören soll, sobald Deutschland den Dawes-Voricht annehme und sich auf die Maßnahmen zu seiner Wiederherstellung anzuwenden.

Teilnahme der Dominions an der Konferenz.

London, 18. Juli. Neuter zufolge ist eine Regelung getroffen worden, nach der bei den folgenden Plenarsitzungen der Konferenz die Vertreter der Dominions anwesend sein werden.

London, 18. Juli. Im Unterhaus erklärte auf eine Anfrage der Kolonialsekretär Thomas über die Vertretung der Dominions auf der interalliierten Konferenz, daß Vertreter aller Dominions, die es wünschen, Mitglieder der britischen Delegation werden können. Innerhalb weniger Stunden sei nicht nur die Regelung dieser Angelegenheit erfolgt, sondern auch Kanada in dieser Hinsicht vollkommen beruhigt worden.

Skeptis in Italien.

Rom, 18. Juli. Die Arbeiten der Londoner Konferenz werden hier sehr skeptisch verfolgt. Die Blätter glauben an einen Mißerfolg. „Giornale d'Italia“ schreibt: Der Versuch einer praktischen Lösung scheitert an der Aufkehnung der Franzosen. Die französisch-englische Verständigungsnote vom 9. Juli könne niemanden täuschen. Die „Epoca“ erzählt in London wurde man zu erwarten einen dauerhaften Frieden zu erzielen, daß den Pariser Vertikaa am 2. Leben zu erhalten. Man spreche wieder von einer Einladung Deutschlands, noch von der Ruhrfrage, noch von der Vertreibung des Völkerverbundes mit einer Einigung zwischen Sieger und Besiegten.

Der Standpunkt der deutschen Regierung zur Räumungsfrage.

Ein Interview des Ministers für die besetzten Gebiete.
Berlin, 18. Juli. Der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Oesche äußerte sich in einem Leitungsbericht über die Fragen, die mit der Räumung des besetzten Gebietes und der Wiederkunft normaler Verhältnisse für dieses zusammenhängen. Er betonte nochmals nachdrücklich, daß Deutschland für das Einbruchgebiet die Räumung, für das altbesetzte Gebiet die Wiederherstellung des Rechts verlange. Deutschland muß darauf bestehen, daß ein Abbau des Delegiertenapparates in personeller und sachlicher Hinsicht vorgenommen werde, daß die deutsche Justizhoheit wiederhergestellt werde, daß die Einzelne in das besetzte Gebiet nicht weiter in der bisherigen unzulässig rigorosen Weise erschwert und verhindert werde. Deutschland muß unbedingt darauf bestehen, daß die föderale Aufgabe der Reichsregierung in ihrem Memorandum vom 14. Oktober 1919 zur Verwirklichung gelangt, und daß das Wehrverbotssystem wieder durch den gewöhnlichen Legitimierungszwang ersetzt wird, wie überhaupt die Rückkehr zum Rheinlandsbündnis eine ganz unbedingte Voraussetzung sei. Das besetzte Gebiet, schloß der Minister, das während des Jahres 1923 und darüber hinaus dem Absolutismus der Rheinlandsbündnis verfallen war, muß wieder als Teilgebiet eines Rechtsstaates angesehen werden, seine Einwohner müssen geschützt werden in ihrer Person und in ihrem Eigentum, so daß sie ebenso frei gegen beherrschende Angriffe sind, als es jeder Bürger eines zivilisierten Staates, sei es Deutschlands, Frankreichs oder Englands oder sonst eines Staates, ist.

Unterlassungen der Reichsregierung.

Die Reichsregierung befindet sich in einer höchst unangenehmen und unglücklichen Lage. Sie ist, um ein volkstümliches Bild zu gebrauchen, wie der Storch der Fontaineischen Fabel zum Fuchs zu Gaste gegangen, und muß nun gewahrt werden, daß alle die letzten Gerichte, auf die sie sich freute, ihr in einer Form aufgelöst werden, die ihr den Gewinn einfach unndöglich macht. Der Fuchs ist die Entente, die begehrenden Forderungen des Fuchses, die die Verfallbürgung der Dawesischen Vor schläge auf der Londoner Konferenz, daß sie, genau so wie es dem Storch in der Fabel geht, die ganze Last der Entlastungsgefühle von Mißbehalten bis zur kaum noch bezahmbaren Erbitterung über die ihr zuteil gewordene Herausforderung durchläuft, ist nur allzu begründet. Verwunderlich und nicht in Übereinstimmung mit der zum Vergleich herangezogenen Erzählung ist es nur, daß sie sich verhältnismäßig rasch von jener ersten Aufwallung, die aus der halbamtlichen Verlautbarung zur öffentlichen Bekanntmachung Deutschlands bei der Vertagung der Einladungen nach London sprach, zu einer äußerlich zur Schau getragenen Ruhe zurückgefunden hat. Aber vielleicht ist dieser Zustand nichts anderes als ein Zeichen von Selbstbesinnung, die in Regierungskreisen angesichts der überraschenden Wendungen in der gegenwärtig alles beherrschenden auswärtigen Politik Platz gegriffen hat, und die möglicherweise noch rechtzeitig dazu führt, daß bestimmte Unterlassungen und Verfügungen, die im letzten Vierteljahr zu verschärfen waren, verbessert werden. Notwendig und begründbar wäre das ganz entschieden. Denn man mag zur Reichsregierung sehen wie man will, man wird doch nicht umhin können, ihr ein gutes Teil von Schuld an ihrer augenblicklichen Situation selbst bezumessen und weiterhin festzuhalten, daß nur eigene Initiative sie daraus zu befreien vermag.

Besonders sind es gewisse Unterlassungen gewesen, die die Politik des Reichskabinetts bei seiner ersten Stellungnahme zum Gutachten aufzuweisen hatte, und die seitdem mit peinlicher Folgerichtigkeit sich immer unangenehmer geltend machten. Es handelte sich damals um einen Moment von unvergleichlich weittragender historischer Bedeutung, der von den Männern um Marx fußt und besonnen und in seiner ganzen Zukunftsschwere erfasst werden mußte. Im Mitte April herum richtete die Reparationskommission an die Berliner Regierung das alternative Eruchen, sich entweder mündlich oder schriftlich über Annahme oder Ablehnung des Gutachtens zu erklären. Die Reichsregierung entschied sich für eine ganz knappe schriftliche Formel, die von Doersch überreicht und in der festgehalten wurde, daß Berlin in diesem Gutachten „eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems“ erblicke und daß es bereit sei, seine Mitarbeit an dem Plane der Sachverständigen zuzusichern.

In diesem Schritt muß und darf jetzt mit vollem Recht der Quell und Ausgangspunkt für die mihliche Lage der Reichsregierung und der deutschen Politik überhaupt feingestrichelt werden. Der Reichskanzler und der Außenminister werden heute sich nicht mehr der Einsicht verschließen können, daß ihre Absicht, nur ja keine Schwierigkeiten durch die Stellung deutscher Bedingungen a limino zu erzeugen, nicht zu der erhofften Beschleunigung und der glatten Abwicklung der Reparationsangelegenheit geführt hat. Sie werden weiter angehen müssen, daß Deutschlands Ueberrechnung in London und die Art, in der man dort deutsche Lebensangelegenheiten als politische Objekte behandelt, ihre Wurzeln in der damals erfolgten Unterlassung einer betonten Hervorkehrung zum mindesten zweier Voraussetzungen für Deutschlands Annahme des Gutachtens haben. Diese beiden Voraussetzungen müßten erstens eine bestimmte Forderung nach Zulassung weiterer deutscher Mitarbeit am Gutachten sein, nicht, wie es geschehen ist, nur eine Bereitschaftserklärung zur Mitarbeit, und zweitens ein unumkehrbarer Hinweis auf die Notwendigkeit der Verwirklichung jener im Gutachten enthaltenen Vorbedingungen, die im wesentlichen auf die völlige Freigabe der vertragswidrig besetzten Gebiete hinauslaufen.

Am besten hätte die Reichsregierung gehandelt, wenn sie seinerzeit ihre Stellungnahme einschließlich aller Bedenken, die nachträglich wiederholt von ihr geäußert wurden, mündlich vorgetragen hätte und sie am Ende der Aussprache in schriftlicher Zusammenfassung überreichte. Einen Schritt weiter in dieser wirklich aktiv-politischen Richtung würde es bedeuten haben, wenn sie, gleichviel, ob mit oder ohne Erfolg, die Ententebevollmächtigten nach Berlin zu der damals bereits von allen Seiten als notwendig anerkannten weiteren Behandlung der Expertenberichte einlad. Sie hätten diese, heute vielleicht gemagt erscheinende, im Prinzip aber keineswegs abwegige Initiative damit begründen können, daß die Gutachter es als außerordentlich wertvoll empfunden haben, in Berlin, am Orte der dringend benötigten Unterlagen für die Kenntnis der deutschen Wirtschaft, ihre wichtigsten Beratungen vorzunehmen zu können und daß es den Mächten selbst auch weiterhin von Wichtigkeit sein müßte, in unmittelbarer Nähe, geschweigen bezweifle, sich auseinanderzusetzen. Zum min-